

Otto Köhler

## LÄCHELN KRIMINELL

Wahrlich, wir leben in finsternen Zeiten. Wo und wann diese Finsternis ihren Anfang nahm, vermochte die „Passauer Neue Presse“ zuverlässig zu beschreiben: „Ein Bonner Informationsdienst hat beobachtet, daß Nannen und Brandt beim Bundespresseball unzertrennlich waren.“ Und folglich hat jetzt — nach Beobachtungen desselben Blattes — „die mißhandelte deutsche Demokratie... diese Suppe auszulöffeln“.

Natürlich, wir alle wissen mit dem Passauer Leitartikler Hans Kapfinger, daß die Vorwürfe gegen Heinrich Lübke „nichts als ein ganz großer Krampf“ sind. Wir wissen mit der „Allgemeinen Sonntagszeitung“ aus Würzburg, daß jetzt jedes Lächeln über Lübke „kriminell“ geworden ist. Und wir wissen auch mit den „Westfälischen Nachrichten“, daß nur „solche Leute“ Dreckspritzer auf Lübkes Weste entdecken, „die schmutzige Brillen haben oder regelrecht börsartig sind“.

Aber nach den präzisen Wahrnehmungen der „Berliner Morgenpost“ ist jetzt aus „Rinnsalen von Verdächtigungen und Bosheiten ein breiter Strom der Verleumdung“ gegen den aus der Sicht der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ politisch „links von der Mitte stehenden“ Bundespräsidenten angeschwollen. Und doch, nichts ist so schlimm, daß es nicht auch seine gute Seite hätte.

Wir ahnten ja, wenn wir besonders ehrlich sind, lange nicht so recht, warum Heinrich Lübke eigentlich Bundespräsident geworden ist.

Aber jetzt, da die Forderung nach seinem Rücktritt laut wurde, wetteifern deutsche Zeitungen, Gründe zu nennen, die Heinrich Lübke auch weiter für sein Amt qualifizieren.

Lübkes schönste Präsidenteneigenschaft ist der Triumph. Der „Triumph“ nämlich, den sein Rücktritt „für die kommunistische Propaganda“ („Deutschlandfunk“) darstellte. Der „Triumph für die Verleumder“ („Hamburger Abendblatt“). Der „Triumph eines erbarungslosen Sensationsjournalismus“ („Frankfurter Neue Presse“). Der „Triumph“ für die Kräfte, die die „Vergiftung der politischen Atmosphäre betreiben“ („Hannoversche Allgemeine“). Und auch der „Trumpf“, den sein Rücktritt „Ulbrichts Propaganda-Kompanien“ in die Hand spielen würde („Christ und Welt“).

Und das sind noch lange nicht alle Eigenschaften, die Heinrich Lübke für die weitere Ausübung seines Amtes qualifizieren. Lübke muß Präsident bleiben, weil man Abdankungsvorschläge nicht „mit

den Materialien aus der Vergangenheit“ betreiben darf („FAZ“). Lübke ist ein geeigneter Präsident, weil sein Rücktritt das „Signal“ wäre, die „Verleumdungskampagne“ auf „den Kanzler und seine Regierung auszudehnen“ („Deutschlandfunk“). Lübke ist ein tauglicher Präsident, weil durch seinen Rücktritt ein „makelhafter Eindruck entstehen“ würde und „Gegnung auf seiten Ost-Berlins“ („Westfälische Nachrichten“).

Lübke ist ein befähigter Präsident, weil wir, laut „Rias“, nicht wissen, wo die Bundesrepublik hinkäme, „wenn Hetze mit zweifelhaften Fotokopien den Sturz eines Bundespräsidenten auslösen könnte“. Lübke ist der richtige Präsident, weil — die konkurrenzbewußte katholische „Deutsche Tagespost“ weiß es — bei seinem Rücktritt jener „Linksdrall“ immer stärker wird, der auch von den Redakteuren ausgeht, die „man bereits für die neue katholische Wochenzeitung angeheuert hat“.

Kurz, Lübke bleibt für das Präsidentenamt qualifiziert, weil Ost-Berlin „sich ins Fäustchen lachen“ würde, wenn er zurückträte („Deutschland-Union-Dienst“). In dasselbe Fäustchen würde nach derselben Quelle Ost-Berlin auch lachen, wenn der Bundespräsident die Gerichte anrufen würde. Dann würde ihn vor bundesdeutschen Richtern ein „Schauprozeß“ erwarten, wie die „Westfälischen Nachrichten“, die „Berliner Morgenpost“, der „Rias“ und das „Westfalen-Blatt“ im Chor rufen. Und schon deshalb wäre eine Klage Lübkes verantwortungslos, weil dann „die Auflage einer deutschen Illustrierten“ steigen würde („Bayern-Kurier“).

Nein, jetzt hilft nur eines: „Dieser Sturm muß durchgestanden werden“ („Welt“). Oder, wie es das „Hamburger Abendblatt“ aus dem gleichen Haus ganz anders sagt: „Der Sturm muß jetzt durchgestanden werden!“ Und außerdem: Die deutschen Menschen stehen für Heinrich Lübke. „Bild“-Leser sagen bereits ihre Meinung: „Meine Betriebskollegen und ich stellen sich vor Heinrich Lübke“, erklärt „Bild“-Leser Siegfried Tiemeier aus Hannover. Die „Westfälischen Nachrichten“ stecken schon „klar“ die „Fronten“ ab, auf deren anderer Seite die „Kopffjäger“, „Bürgerkrieger“, „Sensations- und Klatschfabrikanten“ stehen.

Auf der richtigen Seite stehen dagegen die „staatstragenden Parteien“ und „die übergroße Mehrheit des Volkes“, das sich vor den Bundespräsidenten stellen sollte — „tatkräftig“, wie die „Frankfurter Neue Presse“ hofft.

worden war, Jordan und der SDS-Bundvorsitzende Karl Dietrich Wolff: Dutschke müsse her.

Der saß derweil im Flughafenrestaurant bei Orangensaft. Um 20.08 Uhr — zwei Stunden nach seiner Festnahme und eine Stunde nach OB Brunderts Order, Dutschke freizulassen — hatte Schupo-Chef Jordan endlich seine Beamten in der Flughafenwache informiert. Nach dem Saft-Verzehr stieg Rudi Dutschke, der vom Genossen Wetzels telephonisch über die gespannte Situation vor dem Hauptbahnhof aufgeklärt worden war, in ein Taxi Richtung Innenstadt.

Auf dem Bahnhofsvorplatz erkletterte er einen Blumenkandelaber und stellte Ruhe und Ordnung her — die er nach Ansicht der Polizei hatte stören wollen. „Und nun“, so rief er den Demonstranten zu, „geht nach Hause und beginnt als Revolutionäre zu ar-



Frankfurter Polizeidirektor Jordan (l.)  
„Wir wollen keinen Unfrieden“

beiten.“ Das Sprechen fiel ihm schwer: Kurz zuvor hatte ihn ein Amerikaner in Zivil mit den Worten: „I am just coming from Vietnam“ mit der Faust gegen den Kehlkopf geschlagen.

In den Tagen danach vernahm Frankfurts Oberbürgermeister Brundert seine Polizeiführer, einzeln und nachdrücklich: „Ich bin intern sehr deutlich geworden vor den leitenden Beamten.“ Stadtrat Kiskalt wurde am Donnerstag letzter Woche auf eigenen Wunsch von seinen Aufgaben als Polizei-Fachmann des OB entbunden.

Überdies erstattete Kiskalt gegen sich selber Anzeige, nachdem Rudi Dutschkes Frankfurter Rechtsanwalt Christian Raabe ihn öffentlich der „Freiheitsberaubung im Amt“ geziehen hatte.

Die Aufsicht über die Frankfurter Polizei, die erst befehlswidrig handelte und dann eine Stunde brauchte, um den Gegenbefehl des Stadthauptes weiterzugeben, will Willi Brundert künftig wieder selber ausüben — „um sicherzustellen, daß sich so etwas nicht wiederholt“.